

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellungen bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelkirchstr. 14 II Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreifachspalt. Zeitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vorherg. Gebühren einbringung auf Postfach 115502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsfchl. Freitag

Bekanntmachung.

Nach den Bestimmungen unseres Verbandsstatutes § 10 wurden auf dem Stuttgarter Verbandstag, der in der Zeit vom 8. bis einschl. 10. August 1932 stattfand, folgende Mitglieder zum geschäftsführenden bzw. Hauptvorstand wiedergewählt:

- 1. Vorsitzender: Friedrich Gerhardt,
- 2. Vorsitzender: August Blume,
- Hauptkassierer: Alfred Riedel.

Zu Beisitzern wurden gewählt: Alwin Cillig, Paul Steinfähr, Lederwaren-arbeiter; Wilhelm Offen, Tapezierer; Otto Strauß, Treibriemensattler; Hans Zander, Fahrzeugattler.

Das Büro des Verbandes befindet sich in unserem Hause

Berlin SO 16, Michaelkirchstraße 14 II.

Durch diese Bekanntmachung ist der Verbandsvorstand auf Grund des § 10 Abs. 3 des Statuts legitimiert.

Die beiden Vorsitzenden und der Hauptkassierer sind berechtigt zur Abhebung von Geldern, wozu zwei Unterschriften erforderlich sind.

Alle für den Verband bestimmten Zuschriften sind zu richten an

F. Gerhardt, Berlin SO. 16, Michaelkirchstr. 14 II.

Zuschriften betreffs Streits, Lohnbewegungen und Rechtsfragen sind zu richten an

August Blume, Berlin SO. 16, Michaelkirchstr. 14.

Alle Kassenangelegenheiten sind mit dem Kollegen Alfred Riedel, Berlin SO. 16, Michaelkirchstr. 14 II, zu erledigen.

Als Redakteur der „Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung“ und der Jugendzeitschrift „Weggenosse“ wurde der Kollege Bruno Engel wieder-gewählt. Alle für die Zeitung und den „Weggenossen“ bestimmten Zuschriften sind an Bruno Engel, Berlin SO. 16, Michaelkirchstr. 14, zu senden.

Zum Sekretär des Verbandsvorstandes wurde Kollege Paul Gehring, Berlin SO. 16, Michaelkirchstr. 14 II, wiedergewählt.

Ausschreibung der Wahlen zum Erweiterten Vorstand.

Den statutarischen Bestimmungen gemäß sind neun Beisitzer als Erweiterter Vorstand zu wählen. Diese verteilen sich auf folgende Gauen:

- Zu wählen sind:
- 1. im Ostgau mit Ausnahme der Verwaltungsstelle Berlin und der Verwaltungsstellen, die jenseits des sogenannten Korridors liegen 1 Beisitzer
- 2. im Ostgau von den Verwaltungsstellen jenseits des Korridors (Allenstein, Danzig, Elbing, Guttstadt, Königsberg) 1 Beisitzer
- 3. von den Verwaltungsstellen im Nordgau 1 Beisitzer
- 4. von den Verwaltungsstellen im Mitteldeutschen Gau 1 Beisitzer
- 5. von den Verwaltungsstellen im Gau Freistaat Sachsen 1 Beisitzer
- 6. von den Verwaltungsstellen im Gau Rheinland-Westfalen 1 Beisitzer
- 7. von den Verwaltungsstellen im Gau Bayern 1 Beisitzer
- 8. von den Verwaltungsstellen im Süd-West-Gau, ohne Bezirk Offenbach 1 Beisitzer
- 9. im Bezirk der Verwaltungsstelle Offenbach 1 Beisitzer

Wählbar zum Erweiterten Vorstand sind nur solche Mitglieder, die im Beruf tätig sind, dem Verbands mindestens fünf Jahre angehören und auf dem Boden des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Sitz Berlin) stehen. Alle Verwaltungsstellen sind berechtigt, innerhalb der einzelnen Gauen Vorschläge zur Wahl zu machen. Die Ortsvereinigungen werden hiermit ersucht, dem Hauptvorstand bis spätestens 7. September diese Vorschläge zum Erweiterten Vorstand einzureichen.

Später einlaufende Vorschläge finden keine Berücksichtigung. Diese Vorschläge werden in der Nr. 38 des Verbandsorgans veröffentlicht. Die Wahlen erfolgen in der Zeit vom 23. September bis einschließlich 1. Oktober 1932. Näheres wird mit der Kandidatenliste bekanntgegeben.

Mit kollegialem Gruß

Der Hauptvorstand, **F. Gerhardt,**
Berlin SO. 16, Michaelkirchstr. 14 II.

Der Verbandstag in Stuttgart.

II.

Zu Beginn der Nachmittags-sitzung gab Kollege Engel den Redaktionsbericht. Er unterstrich die Aufgabe der Gewerkschafts- und Arbeiterpresse im heutigen Kampf. Die Nationalsozialisten arbeiten mit den Unternehmern gemeinsam daran, die freien Gewerkschaften auszuschalten. Wir müssen diesen Kampf aufnehmen und dabei noch mehr als dies bereits vorher geschehen ist, auch zu politischen und wirtschaftlichen Fragen Stellung nehmen, insbesondere auch deswegen, weil in vielen Arbeiterfamilien die Gewerkschaftszeitung zur Zeit das einzige Organ ist, das gelesen wird.

Das Verbandsorgan mußte in den Kampf um das Schicksal der Reichsverfassung und der Parlamente eingreifen. Dies ist in eindeutiger Weise geschehen durch die Aufforderung, bei den Wahlen für die Räte der „Eisernen Front“ zu stimmen. Wenn ich mir damit den Unmut eines Teils unserer links-stehenden Kollegen zugezogen habe, so will ich darauf verweisen, daß ich diese Einstellung bereits auf dem Verbandstag in Dresden rückhaltlos vertreten habe. Wir sind dem ADGB, angeschlossen und diese Organisationsarbeit hat sich in den gegenwärtigen schweren Kämpfen noch immer als festes Bollwerk gegen den Ansturm von rechts und links erwiesen. Im allgemeinen habe ich es vermieden, mehr als unbedingt nötig auf die unglücklichen Spaltungen einzugehen.

Um die Zeitung mehr an die Mitglieder, vor allem auch an die Familien der Kollegen, heranzubringen, hatten wir den Versuch unternommen, das Organ nach dieser Richtung hin auszubauen. Unter dem Druck der Wirtschaftslage mußten wir zu Sparmaßnahmen greifen. Der Antrag Bielefeld will den vorliegenden Zustand wiederherstellen, aber wir werden uns wohl mit der Erfüllung dieses Wunsches bis zum Eintritt besserer Zeiten gedulden müssen.

In der Heranbildung des Nachwuchses klappt seit 1914 eine breite Wunde. Erst galt es, vier Jahre Krieg zu überwinden, in denen unsere Jugend auf den Schlachtfeldern verblutete, dann folgte eine Reihe von Jahren, ausgefüllt mit Lohnbewegungen und inneren Auseinandersetzungen. Die Versammlungen boten dem gewerkschaftlichen Nachwuchs nicht immer ausreichende Gelegenheit sich weiter zu bilden. Hier fällt dem Verbandsorgan die Aufgabe zu, aufklärung zu geben über die Ursachen der Wirtschaftskrisen und über die Möglichkeiten zur Einberung der allgemeinen Not.

Mit aller Schärfe hat sich das Verbandsorgan gewendet gegen die Ueberfischung des Preisabbaues und gegen den unsmünnigen Lohnabbau. Weiter bin ich jederzeit gegen Autarkie und für weitgehende Verständigung der Völker in Zollfragen eingetreten. Es ist selbstverständlich, daß ich dabei in enger Fühlung mit der Leitung unseres Verbandes gehandelt habe. Die beiden Vorsitzenden Gerhardt und Blume haben zugleich in ihrer Eigenhaft als Sachbearbeiter der wichtigsten Ressorts unseres Verbandes durch dauernde Mitarbeit das Verbandsorgan gefördert.

In einem ungünstigen Stadium befindet sich zur Zeit unsere Jugendbewegung. Die Zahl der Lehrlinge geht zurück und die finanzielle Not der Eltern greift über auf die Jugend. Dazu kommt das Streben der NSDAP., auf die Lehrlinge Einfluß zu gewinnen. Wenn wir nicht eines Tages vor der bitteren Tatsache stehen wollen, daß der Nachwuchs aus den Reihen unserer jugendlichen Kollegen völlig verfliegt, müssen wir alles daran setzen, um unsere Jugendgruppen lebensfähig zu erhalten. Hierzu ist die Mitarbeit der älteren Kollegen besonders wichtig und notwendig.

Die Erfüllung des Wunsches, der Behandlung von Fachfragen mehr Platz im Verbandsorgan einzuräumen, ist nicht ganz leicht. Bei den vielen Spezial-

branchen, die unser Verband umfaßt, ist es schwierig, Fachartikel zu bringen, die sich mit den Elementar-gründen in den Handwerksbetrieben beschäftigen.

Beschwerden gegen die Schriftleitung liegen bei den zuständigen Organen nicht vor. Eines bitte ich zu bedenken: Kritik muß sein, denn nur so ist es möglich, die Wünsche der Mehrheit unserer Mitgliedschaft zu erfahren. Wieder als eine abfällige Kritik hinterher sind mir brauchbare Anregungen aus den Reihen der dazu befähigten Kollegen, wie die Zeitung mit den zur Verfügung stehenden Mitteln besser ausgestaltet werden kann.

Für den Erweiterten Vorstand erstattete Kollege Paul Riethmann Bericht. Es liegen eine Anzahl von Beschwerden vor. In Berlin sind acht Verbandsmit-glieder ausgeschlossen worden. Der Hauptvorstand begründete diesen Schritt damit, daß es untragbar sei, wenn Verbandsmitglieder, die dauernd durch ihr Verhalten und durch Einberufung von Sondertreffen die Interessen des Verbandes schädigen, weiter in unseren Reihen bleiben. Dieser Stellungnahme ist der Erweiterte Vorstand beigetreten. Die Ausgeschlossenen haben nunmehr in dieser Sache den Verbandsstag als letzte Instanz angerufen.

In Leipzig wurde ein jugendlicher Kollege ausgeschlossen, der sich in einer bestimmten Frage unkorrekt verhalten hatte. Der Hauptvorstand ist diesem Beschluß nicht beigetreten und hat es mit einer Ver-warnung bemenden lassen. Der Erweiterte Vorstand hat diese Stellungnahme für richtig erkannt. Von Stettin liegt eine Beschwerde über Vorgänge bei der Delegiertenwahl vor. Wir haben den Fall der Mandatsprüfungskommission überwiesen. Ein weiterer Fall aus Hamburg, betreffend eine Inva-lidenunterstützung, konnte bisher noch nicht endgültig erledigt werden. Beschwerden gegen das Verbandsorgan sind nicht erhoben worden. Das Zusammenarbeiten im Erweiterten Vorstand war immer ein

kollegiales und wollen wir hoffen, daß auch in der neuen Geschäftsperiode in diesem Sinn weiter gearbeitet wird.

In der Aussprache schildert Kollege Walter-Breslau, wie sie zu dem Kassennachschuß gekommen sind und ersucht den Verbandstag, die geforderten 340 Mk. auf die Hauptkasse zu legen. Weiter wünschen die Breslauer, daß der Hauptvorstand bei der Bewilligung des Nachschußes in der zweiten Instanz etwas großzügiger handele.

Kollege Döring-Danzig begründet den von Danzig gestellten Antrag: die Schuld an die Hauptkasse in Höhe von 421 Mk. oder eines Teiles dieser Schuld niederzuschlagen.

Kollege Galm wendet sich gegen die vom ADBB. und von der Verbandsleitung eingeschlagene Taktik. Die Hoffnung, daß die Krise durch eine Besserung der Konjunktur beseitigt wird, hat sich als trügerisch erwiesen. Es zeige sich immer mehr, daß wir es mit der „Krise“ schlechthin zu tun haben. Er vermissen im Vorstandsbericht jedes Eingehen auf die mißliche Lage der Gewerkschaften. Es sei ein Fehler, daß sich die Gewerkschaften so eng an die Sozialdemokratie gebunden haben. Entschieden wendet er sich gegen die Zerlegungsarbeit der RSD. Die Rotverordnungen Brünings hätten demoralisierend auf die Arbeiterklasse gewirkt. Es sei Zeit, daß der Bundesvorstand des ADBB. sage: „Bis hierher und nicht weiter!“ Die Zurückhaltung, die jetzt geübt wird, könne er nicht mehr als verhalten Kraft ansehen. Es besteht gegenüber den Bestrebungen des Kabinetts von Papen die Gefahr, daß wir bald dort angekommen sind, wo es uns nicht mehr möglich ist, uns erfolgreich zur Wehr zu setzen. Dabei verschleiche ich mich durchaus nicht den großen Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, weil ich stets auf dem linken Flügel gestempelt habe.

Kollege Fr. Tarnow, der Vertreter des Bundesvorstandes im ADBB., wies diese Angriffe zurück. Für eine verantwortliche Bewegung komme es nicht auf den Radikalismus der Forderungen an, sondern auf den Radikalismus der Erfolge. Die Sozialpolitik sei nie ein Ding an sich im luftleeren Raum gewesen, sondern sie stehe in den wirtschaftlichen Zusammenhängen. Die Behauptung, daß der ADBB. grundsätzlich Tolerierungspolitik getrieben habe, sei falsch. Zweimal habe er ein aufrechtes Rückgrat gezeigt, beim Sturz Hermann Müllers und bei der Ablehnung der zweiten Brüningschen Rotverordnung, die zur Auflösung des Reichstags führte. Das erste Mal sei der Erfolg das Kabinetts Brünings gewesen, hinter dem der Schatten Hugenberg gestanden habe, das zweite Mal sei hinter Brünung der Schatten Hitler aufgetaucht. Das habe zu einer gründlichen Ueberlegung, was im Interesse der Arbeiterklasse liege, geführt. Für die Opponenten dieser Politik komme es darauf an, glaubhaft zu beweisen, daß eine andere Politik besser für die Arbeiterklasse ist. Die bloße rabiate Phrasen bringt uns nicht weiter, sondern nur die realen Tatsachen.

Kollege Hohls erstattete hierauf den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Außer den bereits angeführten Gästen und Vertretern befreundeter Organisationen sind anwesend: Der engere Vorstand — Gerhardt, Blume, Niesel —, als Besucher die Kollegen Zander und Riethmann und für die Schriftleitung Engel, außerdem die sieben Gauleiter. Als gewählte Vertreter der Mitgliedschaft sind 27 Delegierte anwesend. Beschlossen wird, alle Mandate als gültig anzuerkennen.

Von größerem Interesse dürften nachstehende Angaben über Alter, Mitgliedsdauer usw. der Delegierten sein. Es gehörten dem Verbände als Mitglieder an:

- 10 bis 15 Jahre 8 Delegierte
- 15 bis 20 Jahre 4 Delegierte
- 20 bis 25 Jahre 6 Delegierte
- 25 bis 30 Jahre 5 Delegierte
- 30 bis 35 Jahre 4 Delegierte

Davon sind Sattler 17 und Tapezierer 10 Delegierte. Angestellte des Verbandes sind 5 Delegierte, aus den Betrieben kommen 22 Kollegen. Leider sind davon 10 erwerbslos.

Das Alter der Delegierten beträgt:

- 30 bis 35 Jahre 4 Delegierte
- 35 bis 40 Jahre 5 Delegierte
- 40 bis 45 Jahre 6 Delegierte
- 45 bis 50 Jahre 6 Delegierte
- 50 bis 55 Jahre 3 Delegierte
- 55 bis 60 Jahre 1 Delegierte
- über 60 Jahre 2 Delegierte

Kollege Witten tritt für den Ausbau des „Weggenoffen“ in sachlicher Beziehung ein.

Kollege Fröbel, Geraberg, hält die Forderung der Vierzigstundenwoche für weit überholt. Das Mindeste müsse dabei sein die Forderung völligen Lohnausgleichs. Die Unternehmer haben durch die Maschinen Raubbau mit der Gesundheit der Arbeiter getrieben. Heute können sie von den Reservesfonds, die ihnen die Rationalisierung brachte, zehren. Aus der Krise kommen wir nur auf dem Wege über den Sozialismus heraus. Wenn wir 1918 so vorgegangen wären wie Rußland, hätten sich die jetzigen Zustände verhüten lassen.

Kollege Opitz, Leipzig: Die gegenwärtige Zeit hat den Nachweis erbracht, daß man mit schönen Reden und Resolutionen an den gegenwärtigen Zuständen nichts ändern kann. Wir müssen rufen, damit wir die uns fernstehenden Kräfte der Organisation wieder zuführen und Schulen für die kommenden Kämpfe. Redner behandelt den Leipziger Tapeziererstreit und die dabei getroffenen Maßnahmen. Die RSD. hat versucht, Verwirrung unter die Streikenden zu bringen. Hinter dem Rücken unserer Streikleitung hat sie einen Betriebsrat abgeschlossen und den Betrieb besetzt, trotzdem das Gros der Kollegen noch im Streik stand. Redner verlangt größte Sparsamkeit bei der Verwaltung und bemängelt die Höhe der Ausgaben für das Verbandsorgan.

Kollege Paul Gehring wendet sich gegen die Ausführungen von Galm. In Hand von Statistiken konnte die Zentrale feststellen, daß die Arbeitslosigkeit in Berlin und in anderen Bezirken viel größer war als im Offenbacher Industriegebiet. Trotzdem ist der Mitgliederzuwachs im Offenbacher Bezirk mit am größten gewesen. Ich führe dies darauf zurück, daß die Offenbacher Kollegen den politischen Vorkämpfern ihres Führers Galm nicht schnell genug folgen konnten. Auch fällt ins Gewicht, daß Galm einen großen Teil seiner Zeit im Dienste einer kleinen politischen Gruppe verbringt. Es ist die Frage aufzuwerfen, ob wir nicht besser fahren, wenn wir die um Offenbach herumliegenden Orte wieder, wie das bereits früher der Fall war, organisatorisch auf eigene Füße stellen.

Kollege Schulze, Chemnitz, spricht zu den Chemnitzer Anträgen. Einige davon sind hervorgegangen aus dem Material, das die Berliner RSD.-Zentrale an alle Verwaltungsstellen verandt hat. Sie werden verstehen, wenn ich Ihnen sage, daß ich persönlich nicht hinter diesen Anträgen stehe.

Kollege Walter: Bei der Kritik des ADBB. müssen wir von unten anfangen, also bei den Mitgliedern. Der Bundesvorstand ist doch schließlich nur ausführendes Organ der organisierten Gewerkschaftsmitglieder. Leider müssen wir immer wieder feststellen, daß die tatsächlich noch vorhandenen Rechte von der Arbeiterschaft nicht immer aufrecht erhalten werden. Die Bildungsarbeit im Verband müßte die Zentrale mehr betreiben, auch die Agitation und Referentenversorgung ist zentral zu regeln.

Kollege H. Busch tritt für lebhaftere Agitation ein. Der Hauptvorstand muß in größerem Ausmaß als bisher Flugblätter bereitstellen. Befremdend ist die Einstellung der großen Warenhäuser im politischen Tageskampf. So hat sich der Direktor der Koffersfabrik in Kriebelbrück bei Verhandlungen damit gebrüht, daß in seinem Betrieb etwa 150 Nazis beschäftigt werden. Die in dieser Fabrik hergestellten Koffer gehen überwiegend an die nach Aussprache vieler RSDAP.-Führer rein jüdischen Warenhäuser. Darin scheint mir ein starker innerer Widerspruch zu liegen.

Am Beginn des zweiten Sitzungstages verliest der Vorsitzende einige weitere Begrüßungsschreiben.

Kollege Juhnke wendet sich gegen die Treibereien, die von Seiten der Opposition in unsere Reihen getragen werden und die Organisationsarbeit ungünstig beeinflussen. Wir müssen weiter dahin wirken, daß die Allgemeinverbindlichkeit getätigter Verträge ausgesprochen wird, um die Außenleiter zur Einhaltung anzuhalten.

Kollege Galm wendet sich gegen die Kritik, die Gehring an den Offenbacher Organisationsverhältnissen geübt hat. Die politischen Differenzen am Ort selbst haben auf unsere Verwaltungsstelle nicht abgefärbt. Galm schildert die Vorgänge, die zur Errichtung des Bezirks Offenbach in unserem Verband geführt haben und wendet sich gegen den Vorschlag Gehrings, die Selbständigkeit der ländlichen Ortsgruppen wieder herbeizuführen.

Kollege Osten findet die temperamentvollen Ausführungen Galm's gegen Gehring, der es gewagt hat, an den Offenbacher Zuständen Kritik zu üben, reichlich unverständlich. Besonders die Offenbacher und hier wieder Galm nehmen jederzeit das Recht für sich in Anspruch, die schärfste Kritik an allem zu üben. Auch Galm mußte zugeben, daß er die wirtschaftliche Entwicklung und ihre Begleiterscheinungen nicht meistern konnte. Nicht allein unsere Gegner, sondern auch die linksradikalen Gruppen haben, wie wir dies besonders im „Leber-Industrie-Arbeiter“ oft sehen konnten, mit geradezu labilischer Freude alle Vorgänge registriert, aus denen eine Schwächung der freien Gewerkschaften herauszulesen war. Die Verschmelzungsfrage darf niemals wieder ganz zur Ruhe kommen. In der jetzigen ersten Zeit sollten wir vermeiden, mehr zu versprechen, als wir tatsächlich erfüllen können. Es gilt zu halten, was wir im gegebenen Moment tatsächlich dazu überzugeben, das Verlorene aufzubauen und weiter vorwärtszuführen.

Kollege H. Budpech ist der Meinung, daß das Verhältnis zwischen Hauptvorstand und Offenbach in den letzten Jahren immer besser geworden ist. Deshalb seien ihm die Ausführungen Gehrings unverständlich. Die Kulturabteilung der Verwaltungs-

stelle Offenbach solle nur dem Interesse des Verbandes dienen, nicht politischen Sonderbestrebungen.

Kollege Fröbel tritt ein für die Einheitsfront im Sinn der RSD. und wendet sich gegen die Haltung des Verbandsorgans bei den Wahlen. Anschließend daran verliest er eine Resolution zu diesen Fragen.

Kollege Schmitt, Nürnberg, tritt dafür ein, daß wir uns als Gewerkschaft weniger mit Parteipolitik befassen sollen und dafür mehr den Gewerkschaftsfragen zuwenden.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Unter persönlichen Bemerkungen erklärt Kollege Gajch: Die Kulturabteilung der Offenbacher „Sataport“ ist nicht unpolitisch, sondern hat bei den Wahlen parteipolitische Agitation getrieben. Kollege Gehring wendet sich dagegen, daß ihm durch den Schlußantrag die Möglichkeit, Galm zu antworten, genommen sei, und stellt einige Ausführungen Galm's richtig.

Kollege Riethmann geht in seinem Schlußwort nochmals auf den Hamburger Fall Schroeder ein. Es ist dies ein Sonderfall, und die damit beauftragte Kommission hat mit Rücksicht darauf, daß der Kollege zu den treuesten Mitgliedern des Verbandes gehört, vorge schlagen, die Angelegenheit nicht zu betrachten. Die Angelegenheit Stettin ist durch die Anerkennung des Mandats Döring erledigt. Die Beschlüsse des Erweiterten Vorstandes sind nicht kritisiert worden.

Kollege Engel wendet sich gegen Ausführungen des Kollegen Fröbel. Wir müssen auf alle Fälle die Solidarität mit dem ADBB. hochhalten. Wir haben zur Zeit über 20 Gruppen und Grüppchen, die sich alle zum Marxismus bekennen. Unser Verbandsorgan kann unmöglich ein Lummelstück für alle die Gruppen sein. Wie die Kommunisten die Einheitsfront auflassen, haben wir noch vom Kapp-Putsch und vom Volksbegehren her in guter Erinnerung. Vom Kollegen Witten wurde der Ausbau der Zeitung in sachlicher Beziehung angeregt. Ich habe bisher noch keinen brauchbaren Fachartikel abgelehnt. Wir haben eine ganze Anzahl Kollegen, die sehr tüchtig in ihrem Fach sind und solche Artikel schreiben könnten. Opitz meinte, wir müßten mit der Zeitung sparsamer wirtschaften. Unsere Ausgaben für die Zeitung betragen im Vorjahr 2,16 Mk., der Durchschnitt bei den Verbänden, die dem ADBB. angeschlossen sind, 2,55 Mk. In diesem Betrag sind bei uns die Ausgaben für das Bildungswesen und die Beschaffung der Schulen enthalten. Wenn wir pro Kopf und Woche 4 Pf. für Bildungswesen und Zeitung ausgeben, so scheint mir dieser Betrag nicht zu hoch.

Kollege Niesel bittet in seinem Schlußwort darum, den Antrag von Breslau dem Vorstand zur Erwägung zu überweisen und den Danziger Fall abzulehnen. An Sparsamkeit ist bei uns das möglichste geleistet worden. Für persönliche und sächliche Verwaltungskosten haben wir im Durchschnitt 1,64 Mk. ausgegeben und sind damit weit unter dem Durchschnitt geblieben. Natürlich gibt es auch Grenzen der Sparsamkeit. Was unbedingt notwendig ist, muß geschehen.

Kollege Blume: Gegen die Politik des Vorstandes im Lohn- und Tarifwesen ist grundsätzlich und auch sonst nichts eingewendet worden. Galm hat vermisst, daß wir keine scharfen Worte gegen die Regierung Papen gerichtet haben. Ich habe eingehend über die Latenz der Regierung Brünings gesprochen, und es ist selbstverständlich, daß das, was die Papen-Regierung vorhat, von uns ebenso oder noch schärfer kritisiert werden muß.

Daß wir gegen den Abbau des Schlichtungswesens protestieren, ist selbstverständlich. Wenn Galm behauptet, daß wir uns zu sehr an die SPD. angelehnt hätten, so ist schon angeführt worden, daß für die freien Gewerkschaften gar nichts anderes in Frage kommen kann. Redner behandelt anschließend einige Einwände und Anregungen, die im Verlauf der Debatte gemacht wurden.

Kollege Gerhardt führt aus: Ein Redner hat den großen Schwung in unserem Vorstandsbericht vermisst. In dieser Zeit mußten wir die Notwendigkeit der Organisation in den Vordergrund stellen. Gegen die Papen-Regierung haben wir entschieden Kampf geführt, das hat unsere Stellung im Wahlkampf bewiesen. Immer haben wir betont, daß die Schuld am wirtschaftlichen Niedergang nicht der Marxismus hat, sondern das kapitalistische System. Anerkannt wurde in der Debatte, daß vom Vorstand das möglichste geleistet worden ist, um die Aufgaben des Verbandes zu erfüllen. An eine Dezentralisierung in Offenbach ist zur Zeit nicht gedacht. Die Polemik, die sich Fröbel im Auftrag der RSD. gestattet hat, lehne ich ab. Den Wünschen nach besserer Ausstattung des Werbematerials haben wir immer wohlwollend gegenübergestanden. Flugblätter haben wir in Mengen, doch haben dieselben nicht immer den erwünschten Absatz gefunden. Die Resolution von Fröbel stammt aus der zentralen kommunistischen Resolutionsfabrik. Von Außenstehenden lassen wir uns unsere Taktik nicht vorschreiben.

Niemand von den Rednern, auch Fröbel nicht, ist für die acht in Berlin ausgeschlossenen eingetreten.

Wir sind für eine Verschmelzung mit uns zunächst verwandten Berufen, wenn die Zeitverhältnisse es erlauben.

Unter persönlichen Erklärungen betont Fröbel, daß er zu den Ausschlüssen in der kurzen Redezeit nicht mehr habe sprechen können.

Vorsitzender König hält ihm entgegen, daß er zweimal gesprochen habe und dabei sehr viel Dinge behandelte, die nur in sehr losem Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht standen. Fröbel habe also sehr wohl Zeit gehabt, über die ausgeschlossenen Kollegen zu sprechen.

Für die Revisoren beantragt Kollege Strauß, Berlin, dem Hauptkassierer Entlastung zu erteilen. Eine Vertrauenserklärung, unterschrieben von der großen Zahl der Delegierten, befragt:

„Der Verbandstag spricht den Kollegen des Hauptvorstandes bezüglich ihrer Tätigkeit in der vorverlaufenen Berichtsperiode vollstes Vertrauen aus.“

Das Vertrauensvotum für den Vorstand wird gegen drei Stimmen angenommen. Der Antrag auf Entlastung des Kassierers findet einstimmige Annahme.

Antrag 2 wird mit allen gegen eine Stimme bei einigen Stimmenthaltungen abgelehnt.

Antrag 3 wird gegen zwei Stimmen abgelehnt, Antrag 4 dem Vorstand überwiesen.

Zu Antrag 5 wird beschlossen, den Betrag von 137,55 Mk. an Breslau zu bewilligen.

Antrag 6 wird gegen eine Stimme abgelehnt, ebenso Antrag 8. Daburh ist Antrag 9 erledigt.

Die Anträge 7 und 10 werden dem Vorstand überwiesen.

Die Anträge 130 und 132 werden durch die Aussprache für erledigt erklärt, Antrag 133 wird abgelehnt.

Zur Entschlüsselung Fröbel wird die Unterstützungsfrage gestellt. Sie wird nur vom Antragsteller unterstützt.

Damit sind die Arbeiten zu Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Betrachtungen zum Stuttgarter Verbandstag.

Wieder liegt eine Generalversammlung hinter uns, in wirtschaftlich schwerer Zeit durchgeführt. Aber gerade deshalb können wir mit Stolz zurückblicken, was dort im Interesse der Kollegenschaft sowie der Gesamtorganisation geleistet wurde.

Auf der Stuttgarter Tagung habe ich oft die Meinung geäußert, was hier beschlossen wird, hätte auch der erweiterte Vorstand erledigen können. Hier kann man geteilter Meinung sein. Die Erfahrung lehrt, daß ein größeres Gremium viel tragfähiger hinsichtlich seiner Beschlüsse ist. Durch pflichtbewusste Mitarbeiter hat die Stuttgarter Ortsverwaltung die Vorarbeiten, die zum äußeren Rahmen eines Verbandstages gehören, erledigt. Es war uns eine Freude, die im Laufe des Samstags und Sonntags in Stuttgarts Mauern eintreffenden Verbandstagsmitglieder begrüßen zu dürfen. Der am Sonntag nachmittag durchgeführte Waldspaziergang über Degerlochs Höhen zur Geroldsruhe sowie die Autofahrt am Dienstagabend durch Stuttgart und Umgebung wird hoffentlich allen Beteiligten eine Erinnerung bleiben. Nun zur Tagung selbst. Hier möchte ich vor allen Dingen die sachliche Einstellung der Referenten und Berichterstatter sowie der Debattierenden herausstellen. Gleich die ersten Abstimmungen bewiesen, daß hier Kollegen bestimmen sind, die verantwortungsvoll die Organisationsführung unterstützen. Der Höhepunkt des Verbandstages war unbestritten das Referat des Kollegen Tarnow vom DGB. Dieser ruhige, besonnene Ton eines Führers wirkt überzeugend. Daß die Opposition, soweit sie vom Kollegen Galm vertreten wird, ihr teilweises Einverständnis mit Kollegen Tarnow beklundet, ist für die Gesamtbewegung sehr wertvoll. Ueber die kleinen tatsächlichen Unebenheiten werden wir noch hinwegkommen.

Die notwendig gewordene Korrektur unserer Verbandshaltungen ist erfreulicherweise anerkannt und befestigt worden. Ob in der Gehaltsfrage der richtige Modus geschaffen ist (im Vergleich zum Abbau der Rechte der Mitgliedchaft), wird die weitere Entwicklung erst noch beweisen müssen. Der klare Blick und der gesunde Menschenverstand unserer Delegierten haben gezeigt, daß marxistische Schulungsarbeit nicht umsonst gewesen ist. Durch die Anwesenheit einiger Bundesdelegierter als Delegierte ist der Beweis erbracht, daß diese Schulungsarbeit bereits Erfolge zeitigt.

Alle Delegierten und Gäste mögen vom schönen Schwabenlande den Eindruck mit nach Hause genommen haben, hier sind Menschen, die zwar etwas wortfahrig sind, aber doch das Herz auf dem rechten Fleck haben. So wollen wir weiter arbeiten, jeder an seinem Platz, auf den er gestellt, bis das Endziel erreicht ist. Wenn wir die Zeichen der Zeit richtig zu deuten verstehen, dann: Vorwärts und durch! Unser die Welt trotz alledem! „Freiheit!“ Rudolf Schäfer, Stuttgart.

Ein merkwürdiger Arbeitgeber.

Bei der Firma A. Steinhoff in Duderstadt sind in den letzten Jahren eine Anzahl Lehrlinge herangebildet worden, wodurch das Postergewerbe auf lange Zeit in Duderstadt mit Arbeitskräften gesättigt ist. Was in dieser Beziehung von genannter Firma im Tapeziererberuf gesündigt wurde, läßt sich in Jahrzehnten nicht wieder gutmachen. Hier ist der wahre Hort der Schwarzarbeit. Was nützt das Klagen der Innungsmeister über Schwarzarbeit, wenn sie tatenlos zusehen, wie eine einzelne Firma weit über das Maß des Erlaubten hinaus Arbeitskräfte für das Postergewerbe ausbildet, ohne Gewähr dafür, daß dieselben als Gehilfen im Postergewerbe unterkommen.

Was sich in den letzten Wochen bei dieser Firma zugetragen hat, verdient der Öffentlichkeit bekanntgegeben zu werden. Herr Steinhoff fuhr ungefähr 20 Meter von seinem Hause entfernt mit seinem Auto in einige zerfallene Bierflaschen und zerschneidete einen Gummireifen dabei. Um dafür Schadenertrag zu bekommen, behauptet er, seine Lehrlinge hätten die Bierflaschen dahin geworfen, ohne Beweise dafür zu haben. Am nächsten Lohnstag zog er jedem Lehrling 1 Mk. von dem Wochenverdienst ab. Gegen diesen Lohnabzug protestierten die Eltern der Lehrlinge und verlangten die Rückzahlung des zu Unrecht abgezogenen Betrages. Zugleich verlangten sie die Einhaltung der Wochenentschädigung auf Grund des Lehrvertrages, wo Herr Steinhoff bereits bis zur Hälfte die Beträge selbstherrlich gekürzt hatte. Jetzt wurde Herr Steinhoff ganz rabiat und jagte die Lehrlinge alle nach Hause. So lange dieser Arbeitgeber Profit aus den Lehrlingen herauszuschlagen konnte, waren sie ihm gut. Jetzt, wo sie ihm als Ausbeutungsobjekte nicht mehr willfährig sind und keinen materiellen Nutzen bringen, kann er sie nicht mehr gebrauchen.

In den kleinen Städten nehmen sich die Arbeitgeber viel heraus. Gesetz und Recht besteht für sie nicht, dieses gilt nur für die Arbeiter. Diese Herren glauben, das Dritte Reich ist angebrochen. Damit hat es aber noch gute Weile. Die Aufgabe der Gewerkschaft ist, die Herren wieder in das Reich der Wirklichkeit zurückzuführen. S. B.

Internationale Sozialpolitik.

In seinem soeben erschienenen Bericht zu der am 12. April d. S. in Genf stattgefundenen 16. Internationalen Arbeitskonferenz gibt der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, wie alljährlich, Rechenschaft über die Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation seit der letzten Internationalen Arbeitskonferenz. Mehr denn je mußte das Internationale Arbeitsamt im letzten Berichtsjahr neben seiner Tätigkeit zur Förderung der internationalen Sozialpolitik darauf bedacht sein, im Rahmen der durch den Teil 13 des Friedensvertrages gegebenen Möglichkeiten an der Wüberwindung der sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise mitzuwirken. Daß die ungeheure auf der Welt lastende Krise auch den internationalen sozialen Fortschritt hemmt und sein Tempo langsame gestaltet, ist unverkennbar. Diese Hemmungen sind im letzten Jahre in wachsendem Maße in Erscheinung getreten. Die Zahl der seit dem 15. März 1931 bis zum 1. Februar 1932 neu eingetragenen Ratifikationen der internationalen Arbeitsübereinkommen beläuft sich auf 28 (gegenüber 38 im Jahre 1931 und 44 im Jahre 1930). Diese Zahl spiegelt die Festigkeit der Weltwirtschaftskrise wider. Sie läßt aber auch erkennen, daß trotz aller Schwierigkeiten der soziale Fortschritt auch auf internationalen Gebieten weitererschreitet, wenn auch langsamer, als dies in Jahren guter Konjunktur der Fall gewesen ist.

Neben der Tatsache, daß somit heute in etwa 35 Ländern der Welt 31 internationale Arbeitsübereinkommen durch 452 Ratifikationen durchgeführt werden, stellt der diesjährige Bericht des Direktors als ein Zeichen des Vertrauens fest, daß darüber hinaus zahlreiche Länder der Welt neue sozialpolitische Gesetze eingeführt oder in Aussicht genommen haben und daß diese Gesetze in immer höherem Maße schon von vornherein nach den Grundzügen der internationalen Arbeitsübereinkommen gestaltet werden. Besonders stark kommt dies im neuen spanischen Arbeitsrecht zum Ausdruck. Von besonderer Bedeutung sind hier auch die Bestrebungen zur Entwicklung des Arbeitsschutzes in den asiatischen Ländern. Hier stehen Indien und Japan mit 12 bzw. 11 Ratifikationen internationaler Arbeitsübereinkommen an der Spitze. Die chinesische Regierung ist im Berichtsjahre im Aufbau ihrer Arbeitsaufsicht durch einen Sachverständigenausschuß des Internationalen Arbeitsamts beraten worden. In Indien hat der sogenannte Whiteley-Ausschuß seinen Bericht über die Arbeiterschutzmahnahmen veröffentlicht und dabei insbesondere auf die Verpflichtungen Indiens als Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation hingewiesen. Der stellvertretende Direktor des Internationalen Arbeitsamts Butler befindet sich gegen-

wärtig in Ägypten, um die ägyptische Regierung bei der Einrichtung einer Sozialbehörde zu beraten. Der Bericht des Direktors stellt eine immer stärkere Anteilnahme der außereuropäischen Länder an dem Wert der Internationalen Arbeitsorganisation fest. Diese Bestrebungen kommen insbesondere auch in den Wünschen dieser Länder nach einer besseren Vertretung in den Organen der Internationalen Arbeitsorganisation zum Ausdruck.

Neben diesen Tatsachen verheißt der Direktor des Internationalen Arbeitsamts in seinem Bericht durchaus nicht, daß sich die Beziehungen zu den großen europäischen Industrieländern angesichts der Krise etwas schwieriger gestaltet haben. Besonders weist er in bezug auf Frankreich darauf hin, daß es trotz aller Bemühungen noch nicht gelungen sei, das schulpflichtige Alter auf 14 Jahre zu erhöhen. Durch diese Maßnahme würde es Frankreich möglich werden, die drei Uebereinkommen über das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit zu ratifizieren, Uebereinkommen, die zweifellos mit zu den wertvollsten der Internationalen Arbeitsorganisation gehören.

Ein besonderer Abschnitt ist Deutschland gewidmet. Hier ist die internationale Sozialpolitik angesichts der innerpolitischen Verhältnisse und der besonderen wirtschaftlichen und sozialen Nöte auch in der öffentlichen Meinung und selbst bei der Arbeiterschaft etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Die Tatsache, daß Deutschland im Jahre 1931 nicht ein einziges Uebereinkommen ratifiziert hat, dürfte dafür ein Beweis sein. Auch sind neue soziale Fortschritte in Deutschland nicht erzielt worden. Die ungeheure wirtschaftliche Notlage hat stellenweise sogar zu einer Kürzung sozialer Leistungen geführt. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts betont jedoch, daß es trotz dieser Notmaßnahmen Deutschland zur Ehre gereiche, das Prinzip der Sozialpolitik und die Grundlage seines kollektiven Arbeitsrechts in diesen Krisenstürmen in vollem Umfange bewahrt zu haben. Auch hätte die deutsche Regierung ihre internationalen Verpflichtungen auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes korrekt eingehalten.

Von besonderem Interesse für die Internationale Arbeitsorganisation ist die neue Entwicklung in Großbritannien, das den Weg des Protektionismus beschritten hat und damit auch nicht mehr in dem Maße wie früher an einer aktiven Förderung internationaler Arbeiterschutzmahnahmen interessiert ist. Mit Recht wird in dem Bericht die Frage gestellt: „Wer kann sagen, ob nicht das allgemeine Bestreben zum Protektionismus den Völkern volkswirtschaftliche Schwierigkeiten schafft, deren Lösung erneut in einer internationalen Angleichung der Arbeitsbedingungen gesucht werden muß? Wer kann sagen, ob nicht die trotz aller protektionistischen Maßnahmen meist über die Landesgrenzen hinausgreifenden internationalen Industrievereinbarungen diese Einheitlichkeit in wachsendem Maße notwendig machen, ja sie sogar fördern?“ Jedermann sieht heute ein, daß eine Ueberwindung der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten der Gegenwart nur durch internationale Verständigung möglich ist. Von allen wird anerkannt, daß die gegenwärtigen Bestrebungen der Staaten zur Selbstgenügsamkeit nur vorübergehender Natur sein können, bis der Weg zu einer wirklichen internationalen Verständigung frei ist.

Die Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation kann angesichts dieser Tatsachen, soweit es sich um die Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise handelt, nur eine begrenzte sein. Im vergangenen Jahre hat sich auch die I.A.O. vorwiegend mit dem Problem der Arbeitslosigkeit beschäftigt und Vorschläge zur internationalen Förderung zum Ausbau der Arbeitslosenversicherung gemacht. Andere Vorschläge betreffen die Streckung vorhandener Arbeitsgelegenheit, die Arbeitsvermittlung, die sinngemäß geleitete Auswanderung und vor allem die weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf etwa 40 Stunden wöchentlich. Die Vorschläge zur Durchführung großer nationaler und internationaler Arbeitsbeschaffungspläne, die gegenwärtig in Paris beraten werden, haben bei den Regierungen und in der öffentlichen Meinung starken Widerhall gefunden.

Sehr eingehend befaßt sich der Bericht mit dem grundlegenden Problem der wirtschaftlichen Neuordnung zur Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Produktion und Verbrauch. Hier wird vom Direktor des Internationalen Arbeitsamts auf die wachsende Bedeutung einer gesteuerten Wirtschaft hingewiesen und auf die Möglichkeiten der internationalen Sozialpolitik im Rahmen einer solchen organisierten Wirtschaft. Alles in allem läßt der Bericht mit seiner eingehenden Analyse der Krisenursachen und der Darstellung der sozialpolitischen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung erkennen, daß die Sozialpolitik in allen Ländern ihre Existenzberechtigung bewiesen hat. Darüber hinaus kann die internationale Sozialpolitik, wenn sie sinngemäß und konsequent durchgeführt wird, selbst mit zu einem Faktor zur Ueberwindung der Krise werden.

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Die gewaltige Wirtschaftskrise wird zu einem Generalsturm gegen die Arbeiterbewegung ausgenutzt. Mit in erster Linie richtet sich dieser Kampf gegen die Konsumgenossenschaften.

Die Konsumgenossenschaften haben ein Recht auf den Schutz durch die Arbeiterschaft.

Sie stellen ein Stück sozialer Gemeinschaft dar. Der Schutz der Konsumgenossenschaften ist um so notwendiger, als die Konsumgenossenschaften ihren Mitgliedern nicht nur gute, vollgewichtige Waren zu gerechten Preisen liefern, sondern ihren Arbeitnehmern und Mitgliedern auch vorbildliche und bahnbrechende soziale Einrichtungen zur Verfügung stellen.

Selbstverständlich hat die fürchterliche Arbeitslosigkeit auf die Umsätze der Konsumgenossenschaften ähnliche nachteilige Wirkungen ausgeübt, wie auf die Umsätze des privaten Einzelhandels und der Warenhäuser. So wie unter diesen Umständen die privatwirtschaftlichen Unternehmungen ihre Umsatzminderung durch eine erhöhte Propaganda auszugleichen versuchen, muß auch die Werbetätigkeit für die Konsumgenossenschaften stark gesteigert werden.

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände, die mit den Konsumgenossenschaften freundschaftlich verbunden sind, fordern alle Gewerkschaftsmitglieder auf, ihre Hauswirtschaften der organisierten Bedarfsdeckungsmittelschaft einzugliedern und ihren Bedarf an Lebensmitteln, Haushaltsgegenständen und Bekleidung in den Verteilungsstellen und Warenhäusern der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu decken.

Jeder Gewerkschafter sollte Mitglied einer Konsumgenossenschaft sein.

Der Eintritt in die Konsumgenossenschaften ist mit Kosten nicht verbunden. Die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt in allen Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften.

Berlin, den 16. August 1932.

**Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Allgemeiner freier Angestelltenbund
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund**

Abrechnung für das 2. Quartal 1932.

Einnahmen der Hauptkasse:	
Bestand vom 1. Quartal 1932	297,50 M.
Einforderungen der Verwaltungsstellen	38.231,08 "
Von der Bank erhoben	51.125,24 "
Zinsen	12.425,23 "
Abonnenten	834,74 "
Invalidenfonds erhoben	5.990,45 "
Sonstige Einnahmen	125,56 "
Summa:	109.029,80 M.

Ausgaben der Hauptkasse:	
Agitation	4.986,80 M.
Zeitungen	7.688,81 "
Verwaltungskosten (persönliche)	6.163,69 "
Verwaltungskosten (sächliche)	1.972,08 "
Lohnbewegungen, Streiks und sonstige Unterstüßungen	6.709,53 "
Gewerkschaftsbund	1.976,85 "
Gehälter der Angestellten	20.974,25 "
Unterstützungsfälle	2.121,90 "
Zurückgezahlte Abonnements	835,90 "
Bank eingezahlt	8.202,00 "
Konferenzen	1.778,60 "
Invalidenfonds	2.016,40 "
Zufuß an die Verwaltungsstellen	26.455,07 "
Sonstige Ausgaben	1.179,98 "
Bestand am 30. Juni 1932	15.987,94 "
Summa:	109.029,80 M.

Unterstützung für Rechnung der Hauptkasse:	
Reiseunterstützung	134,30 M.
Arbeitslosenunterstützung	38.814,80 "
Krankenunterstützung	8.441,35 "
Beerdigungsbeihilfe	3.093,00 "
Invalidenunterstützung	17.452,25 "
Summa:	67.935,70 M.

Einnahmen der Lokalkassen:	
Bestand am 1. April 1932	212.684,22 M.
Prozente der Wochenbeiträge	11.171,08 "
Lokale Beitragszuschläge	12.280,20 "
Erwerbslosenmarken	7.217,00 "
Zinsen	1.566,84 "
Sonstige Einnahmen	2.733,39 "
Summa:	247.652,73 M.

Ausgaben der Lokalkassen:	
Unterstützungskasse	44,94 M.
Agitation	2.159,62 "
Entschädigungen der Ortsverwaltungen	8.122,85 "
Sonstige Entschädigungen	1.922,53 "
Eihungsgeld	2.219,27 "
Miete und dergleichen	6.903,51 "
Büroausgaben	2.659,38 "
Kartell- und Sekretariatsbeiträge	3.224,09 "
Bibliothekszwecke	704,29 "
Konferenzen	45,20 "
Beitragsmarken an Erwerbslose	6.922,58 "
Lohnbewegungen	761,06 "
Streikunterstützung und Rechtschutz	544,48 "
Lokale Notfall- und sonstige Unterstützung	4.373,40 "
Zuwendungen an andere Organisationen	752,76 "
Bestand am 30. Juni 1932	206.292,77 "
Summa:	247.652,73 M.

Rundschau

Die Kraftfahrzeugproduktion im 1. Halbjahr 1932. Das Ergebnis des ersten Halbjahres 1932 zeigt, daß Produktion und Absatz im Vergleich zu 1931 weiter zurückgegangen sind. Die Produktion der Lastkraftwagen ist weit über die Hälfte, die der Personenkraftwagen um etwa 40 Proz. vermindert worden. Der Inlandsabsatz an Kraftwagen ist seit 1930 noch stärker als die Produktion zurückgegangen, während die Ausfuhr eine beträchtliche Erhöhung aufzuweisen hat. Die Produktion der Personenkraftwagen wird weitgehend von den kleinen Wagen bis zwei Liter Hubraum beherrscht, auf die 90 Proz. aller im ersten Halbjahr hergestellten Wagen entfielen. Von den übrigen Wagenklassen sind die Personenkraftwagen von zwei bis drei Liter Hubraum und von mehr als drei Liter Hubraum mit 5 Proz. an der gesamten Produktion beteiligt.

Die Lederindustrie im Jahre 1931. Die Produktionssteigerung durch das statistische Reichsamt zeigt, daß die Produktion in der Lederindustrie im Krisenjahr 1931 weiter gesunken ist. Sie war mengenmäßig um 7 Proz. niedriger als im Jahre 1930 und um 11 Proz. geringer als 1929. Wertmäßig war die Schrumpfung erheblich größer. Die Zahl der tätigen Betriebe hat sich im Jahre 1931 um 63 vermindert. Der Inlandsverbrauch an Leder hat im Jahre 1931 eine weitere Senkung erfahren. So ist der Verbrauch von Treibriemenleder gegenüber dem Jahre 1930 um 30,3 Proz. gefallen. Von der Gesamtzeugung entfielen 5844 Tonnen = 5,6 Proz. auf Erzeugung von Sattler-, Möbel- und Feinleder.

Von dem Absatz der Lederfabriken gingen für 372 Mill. M. in das Inland und für 143 Mill. M. in das Ausland. Mit Einschluß der indirekten Ausfuhr durch den Handel ergibt sich ein Gesamtwert von 179 Mill. M.

Mahnahmen zur Anturteilung des deutschen Außenhandels. Ein Leiter der „Frankfurter Zeitung“ überläßt dieser folgende Bestellung eines Kunden aus dem Saargebiet:

Ich bitte um umgehende Lieferung eines Puppenkopfes ohne Perücke. Der Kopf soll genau die Größe haben wie der Puppenkopf Nr. X (Wert 1,90 M.). Beim Versand bitte ich der Sendung beizufügen:

1. Zwei Zollinhaltserklärungen,
2. den grünen statistischen Schein,
3. die Exportvalutaerklärung,
4. eine Bescheinigung der Handelskammer Nürnberg für die Einfuhr von Spielwaren in das französische Zollgebiet (Kontingenz Nr. X),
5. drei internationale Deklarationen, auf denen „Brutto“ und Nettoverwert der Ware angegeben sind.

Auf den Zollinhaltserklärungen ist mit roter Tinte anzugeben: „Zur Verzollung nach dem Saargebiet abkommen. Kontingenzschein Nr. X liegt beim Empfänger.“

Bücherschau

Was ist das neue Preußen. Ein politisches Bilderbuch. Die von der Verlagsgesellschaft des ADGB als Organisationsangebere herrührende kleine Schrift zeigt auf 32 Seiten das, was in den 18 Jahren seit dem Novemberumsturz des Jahres 1918 der Volksstaat Preußen geleistet hat. Der Weg vom Drogistenstaat zum Staat des Volkes wird in kurzen, knappen Zergliedern durch 76 sprechende Bilder und Zeichnungen ergänzt und erweitert dargestellt. Wer diese kleine Schrift unvoreingenommen liest, bekommt einen Begriff von der ungeheuren Leistung, die es bedeutet hat, den alten Obrigkeitsstaat mit seiner ganz ein-

seitig eingestellten Verwaltungsorganisation umzuformen in das, was der heutige moderne Staatsapparat Preußens geworden ist. Jede Zahl, jedes Zahlenbild dieser Broschüre zeigt lebendig den gewaltigen Unterschied zwischen dem Preußen des Dreiklassenwahlrechts und dem Preußent Preußen.

Diese Broschüre verdient es, in Millionenauflage verbreitet zu werden. Sie gehört in die Hand jedes tätigen Mitgliedes der Arbeiterbewegung, damit auf Grund des darin enthaltenen Materials die Fehllage der Straße der Agitation und Propaganda entgegengehalten werden kann. Preis: 25 Pf. Bei Abnahme von 50 Exemplaren 15 Pf., bei Abnahme von 100 und mehr Exemplaren 12 1/2 Pf.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes.

Auf Beschluß des Verbandstages in Stuttgart treten hinsichtlich der Erwerbslosenunterstützung ab 29. August 1932 folgende Änderungen ein:

§ 28 des Statuts: Erwerbslosenunterstützung wird auf der Reise, bei Arbeitslosigkeit und bei Krankheit an Mitglieder, die mindestens 65 Wochenbeiträge entrichtet haben, nach folgenden Sätzen gewährt:

- Nach einer Leistung von:
- 65 Wochenbeiträgen für 36 Tage
 - 156 Wochenbeiträgen für 54 Tage
 - 260 Wochenbeiträgen für 72 Tage

In allen Fällen, wo nach der angegebenen Beitragsleistung Erwerbslosenunterstützung in Betracht kommt, wird der einfache Betrag des Wochenbeitrages für die Hauptkasse als Tagesatz gezahlt.

Die Änderung besteht darin, daß erst nach Leistung von 65 Wochenbeiträgen (bisher 52 Wochenbeiträge) die Erwerbslosenunterstützung gezahlt wird.

Wer also mit Abschluß der 35. Woche 1932 bis Sonnabend, den 27. August 1932, innerhalb der Zeit gezahlt 65 Beiträge (Arbeitslosenmarken zählen nicht mit) 36 Tage bei 65, 54 Tage bei 156 oder 72 Tage bei 260 Beiträgen Unterstützung bezogen hat, kann ab Montag, den 29. August 1932, keine Unterstützung mehr beziehen. In jedem Zweifelsfalle ist das Mitgliedsbuch mit dem Unterstützungsschein an die Hauptkasse zur Feststellung einzuliefern.

Berlin, den 23. August 1932.

Der Hauptvorstand.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 22. August bis zum 28. August ist der 35. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft in unserer Organisation können folgende Kollegen zurückblicken:

Mannheim.	
emgetreten	
Hoff Maurer	12. 1. 1907
Otto Baier	2. 3. 1907
Johann Oberweger	24. 3. 1907
Leo Jenner	30. 5. 1907
Jacob Schumann	5. 6. 1907

Achtung! Berichtskarten über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende August 1932 sind bis spätestens zum 5. September 1932 an die Hauptverwaltung einzuliefern. Stichtag ist Sonnabend, der 27. August.

Berammlungstatender

Köln. Dienstag, den 30. August, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Saal 2, Berammlung für alle Branchen. Tagesordnung: Bericht vom Verbandstage.

Mannheim. Zu Ehren unserer Jubilare findet am Samstag, dem 3. September 1932, im Volkshaus im großen Speisesaal ein Familienabend mit Konzert und Unterhaltung statt. Eintritt frei. Zahlreiche Beteiligung erwartet die Ortsverwaltung.

Adressenänderungen

Clegisch. Vor.: Kurt Klose, Pantenerstr. 44.
Müllrofe. Kass.: Richard Schidram, Beestower Chaussee.

Sterbetafel.

Gestorben sind:
Berlin. Der Tapezierer, Kollege Wilhelm Münch-gefang, am 7. August im Alter von 62 Jahren. Er war 25 Jahre Mitglied unseres Verbandes.
Der Tapezierer, Kollege Rudolf Thiele, am 12. August im Alter von 57 Jahren.
Braunschweig. Am 16. August der Tapezierer, Kollege Fr. Gubt, im Alter von 46 Jahren.
Ehrenreue Andenten.